

Übersichten

Februar 2001

Außenpolitik

1 „Rücksichtnahme auf Chinesen“ bei Luftschlag auf Irak

Der Sprecher des chinesischen Außenministeriums Zhu Bangzao, verurteilte am 17. Februar mit starken Worten den Luftschlag gegen irakische Luftabwehreinheiten, der zuvor von US-amerikanischen und britischen Kampfflugzeugen geflogen worden war. Nach Zhus Worten werde die Bombardierung die Bemühungen der internationalen Gemeinschaft um eine Lösung der Irak-Problematik zurückwerfen. Er drückte tiefes Mitgefühl für die zivilen Opfer des Militärschlags aus und betonte, China habe immer darauf bestanden, die Souveränität, territoriale Integrität und Unabhängigkeit des Irak müsse respektiert werden.

In einer weiteren Stellungnahme des chinesischen Außenministeriums warf Zhu den USA und Großbritannien im Zusammenhang mit den Luftangriffen auf den Irak eine eklatante Verletzung der UN-Charta und aller Normen der internationalen Beziehungen vor. Beide Staaten hätten damit unter

Umgehung des UN-Sicherheitsrats eine einseitige militärische Aktion gegen den Irak unternommen. China hingegen habe als Ständiges Mitglied die Resolutionen des Sicherheitsrates zur Irak-Problematik immer ernsthaft implementiert und sich strikt daran gehalten.

Die chinesische Reaktion entbehrte jedoch nicht einer gewissen Pikanterie, war doch aus amerikanischen Armeekreisen verlautbart worden, der Termin der Luftangriffe sei so gewählt worden, dass keine chinesischen Techniker, die mutmaßlich an den betroffenen Anlagen arbeiteten, verletzt werden sollten. Aus diesem Grunde hätte man den arbeitsfreien moslemischen Feiertag für die Bombardierung der Luftabwehrstellungen gewählt.

Nach amerikanischen Erkenntnissen seien zivile und militärische chinesische Experten bereits seit geraumer Zeit damit beschäftigt gewesen, unterirdisch Glasfaserkabel für die irakische Flugabwehr zu verlegen. Darüber hinaus hätte China moderne Telekommunikationsanlagen geliefert. In der Summe hätte diese chinesische Hilfe zu einer Verbesserung der irakischen Luftabwehr und damit zu einer größeren Gefährdung der Flüge zur Kontrolle des Flugverbots über Teilen des Irak geführt.

Von Seiten eines ehemaligen Mitglieds der Administration Clinton war zu hören, dass die USA auf diplomatischem Wege bereits mehrfach gegen die Verlegung von Glasfasernetzen durch chinesische Techniker protestiert hätten. Die chinesische Seite hätte jedoch erklärt, es handele sich um Projekte ausschließlich ziviler Nutzung. Von anderen Vertretern der Regierung Clinton hieß es dazu, ihnen seien Gespräche zu dieser Thematik zwischen Washington und Beijing nicht bekannt gewesen.

Sicher ist jedoch, dass die US-Regierung bereits im Januar dieses Jahres mittels einer diplomatischen Protestnote zu dieser Problematik in Beijing vorstellig wurde. Die chinesische Seite hätte die Note allerdings unbeantwortet gelassen.

Nachdem die Vorwürfe gegen die Verletzung der UNO-Sanktionen durch China in der Folge der Luftangriffe von amerikanischer Seite erstmals öffentlich vorgetragen worden waren, er-

folgte eine scharfe Reaktion aus Beijing. Zhu Bangzao bezeichnete die amerikanischen Anschuldigungen auf einer Pressekonferenz am 21. Februar als „billige Lügen“, mittels derer die USA „die Öffentlichkeit irreführen und die öffentliche Aufmerksamkeit von den amerikanischen und britischen Luftangriffen ablenken“ wollten.

Als auch George W. Bush auf seiner ersten Pressekonferenz als neuer US-Präsident im Weißen Haus in deutlichen Worten Aufklärung von der chinesischen Regierung forderte, herrschte in Beijing zunächst Funkstille. Später wurden erste Zeichen eines Einlenkens in der Stellungnahme Zhu Bangzaos deutlich, der erklärte, ihm lägen „keine Informationen vor, die die Anschuldigungen bestätigten“. Ende Februar dann erklärte Zhang Qiyue, eine weitere Sprecherin des chinesischen Außenministeriums, China respektiere die UN-Resolutionen gegen eine militärische Hilfe für den Irak. Hinsichtlich der amerikanischen Vorwürfe in dieser Sache deutete sie erstmals die Bereitschaft zu einer Untersuchung durch die chinesische Regierung an.

Das Ergebnis dieser Untersuchung gab der chinesische Außenminister Tang Jiaxuan dann Anfang März bekannt: Aus China seien keine Glasfaserkabel in den Irak geliefert worden. Zu chinesischen Arbeitern im Irak nahm er nicht Stellung. Einige westliche Experten vermuten allerdings bereits seit längerer Zeit, die chinesische Regierung sei nicht vollständig über die militärischen Geschäfte der Volksbefreiungsarmee und ihrer Wirtschaftsunternehmen informiert und habe diese nicht immer unter Kontrolle. Ein Beleg dafür sind die umfangreichen Schmuggelaktivitäten, in die Teile der chinesischen Streitkräfte in der Vergangenheit in großem Stil involviert waren. (XNA, 18.2., 20.2., 22.2., 23.2.01; AWSJ, 21.2.01; WSJ, 26.2.01; NZZ, 21.2.01; SCMP, 23.2., 24.2.01; IHT, 23.2., 28.2.01; FT, 28.2.01; Deutschlandfunk, 6.3.01) -kg-

2 Scharping in Doppelfunktion in China

Bundesverteidigungsminister Rudolf Scharping besuchte als erster deutscher Politiker in dieser Funktion in

der zweiten Februarhälfte die Volksrepublik China. Er traf mit Staats- und Parteichef Jiang Zemin, der zugleich Vorsitzender der Zentralen Militärkommission des ZK ist, sowie mit Generalstabschef Fu Quanyou, ebenfalls Mitglied der Militärkommission, zusammen.

Nach Auskunft Scharpings spielten die amerikanischen Pläne für das Raketenabwehrsystem NMD in den Unterredungen mit seinen chinesischen Gastgebern keine Rolle und seien lediglich mit einem Satz gestreift worden. Er habe seinen Gesprächspartnern erklärt, über das Projekt sei politisch noch nicht endgültig entschieden, und auch die technische Umsetzbarkeit sei bislang nicht geklärt.

Der chinesische Präsident Jiang Zemin nutzte hingegen das Gespräch mit Scharping und den „einen Satz“ zu NMD zu seiner ersten öffentlichen Stellungnahme zu den Plänen der neuen amerikanischen Regierung. In deutlichen Worten sagte er, das Vorhaben werde „den Frieden, die Entwicklung und die Sicherheit in der Welt schädigen und das globale strategische Gleichgewicht sabotieren“.

Ein Sprecher des chinesischen Außenministeriums erklärte zum selben Thema, China sei bereit, mit allen Staaten in den Dialog zu treten, um den ABM-Vertrag zu bewahren, Rüstungskontrolle und die Nichtweiterverbreitung von strategischen Waffen voranzutreiben.

Scharping selbst war trotz aller zuvor aus Deutschland an NMD geübten Kritik offensichtlich bemüht, der chinesischen Seite zu demonstrieren, dass sie auch in dieser Frage keinen Keil zwischen der Bundesrepublik und den USA als Nato-Partner treiben könnten. Auch zur Kommentierung der amerikanischen und britischen Luftangriffe im Irak war er nicht bereit.

Im Hinblick auf die chinesischen Sicherheitsinteressen in Asien verwies er auf die positiven Erfahrungen mit regionalen Sicherheitskonzepten in Europa und regte die Schaffung einer „asiatischen OSZE“ an. Im Übrigen unterstrich Scharping zur chinesischen Zufriedenheit die wichtige Rolle, die China hinsichtlich der Wahrung der regionalen und globalen Stabilität zukomme. Eine solche Schlüsselbedeu-

tung billigte er gleichzeitig jedoch auch Indien als nächster Station seiner Asienreise zu.

In einer Rede in der Nationalen Verteidigungsuniversität forderte er China angesichts seiner weltpolitischen Rolle als Ständiges Mitglied im UN-Sicherheitsrat auf, sich künftig an Friedenseinsätzen der Vereinten Nationen stärker zu beteiligen als bislang. Dies stünde insbesondere im Einklang mit dem Wunsch Chinas nach einer multipolaren Weltordnung.

Zum Abschluss seiner Gespräche in China als Verteidigungsminister bezeichnete er seinen Besuch als „fruchtbar und konstruktiv“. Er gab der Hoffnung Ausdruck, in eine verstärkte militärische Kooperation mit der Volksrepublik China in Form von militärischer Ausbildungshilfe, Experten- und Stabsgesprächen sowie auf medizinischem Gebiet einzutreten.

In seiner parteipolitischen Funktion traf der stellvertretende Vorsitzende der SPD und Präsident der Europäischen Sozialisten in Beijing darüber hinaus mit Wei Jianxing zusammen. Das Mitglied des Ständigen Ausschusses des Politbüros im Zentralkomitee der KPCh, das im Oktober während einer Deutschlandreise bereits mit Scharping zusammengetroffen war (vgl. C.a., 2000/10, Ü 9), betonte den Wert derartiger Parteikontakte. Die KPCh sei nach seinen Worten sehr an einer Ausweitung der freundschaftlichen zwischenparteilichen Kontakte interessiert, die das gegenseitige Verständnis für die jeweiligen Positionen förderten. Darüber hinaus seien die Beziehungen zwischen der Kommunistischen Partei Chinas und der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands als Regierungsparteien ein wichtiger Teil der bilateralen zwischenstaatlichen Beziehungen. (XNA, 20.2., 21.2., 22.2.01; SZ online, 19.2., 21.2.01; NZZ, 21.2.01; HB, 20.2.01; FAZ, 20.2., 21.2.01) -kg-

3 Zukünftig engere strategische Kooperation mit Moskau

Während eines Besuchs des stellvertretenden Vorsitzenden der Zentralen Militärkommission des ZK, Zhang Wannian, in Moskau Ende Februar, kündigten Russland und China eine verstärkte militärische und stra-

tegische Kooperation beider Staaten an. Nach einer Unterredung zwischen Zhang und dem russischen Präsidenten Putin im Kreml hieß es von beiden Seiten, eine solche engere Zusammenarbeit liege nicht nur im fundamentalen Interesse der Völker beider Staaten, sondern diene vielmehr auch der Wahrung von Frieden und Stabilität in der Region und in der ganzen Welt.

Putin führte aus, es sei die gemeinsame Aufgabe beider Länder, die bestehenden Mechanismen zur Wahrung der internationalen strategischen Stabilität zu verteidigen und deren Funktionsfähigkeit zu bewahren. In diesem Lichte sei auch eine Serie von Vereinbarungen zu sehen, die beide Staaten zur Stärkung ihrer bilateralen strategischen Kooperation in näherer Zukunft unterzeichnen wollen.

Einzelheiten zu diesen Übereinkünften wurden nicht mitgeteilt. Mit Sicherheit ist jedoch davon auszugehen, dass russische Rüstungsexporte auch weiterhin einen wichtigen Teil der bilateralen Zusammenarbeit ausmachen dürften. Schon heute ist die Volksrepublik China der wichtigste Abnehmer russischer Rüstungsgüter. (Vgl. auch die Übersicht zu diesem Thema unter der Rubrik Außenwirtschaft.) (XNA, 18.2., 23.2.01; IHT, 15.2.01) -kg-

4 Menschenrechtskonvention ratifiziert

Nur einen Tag nach dem Ende des Besuchs der UN-Menschenrechtskommissarin Mary Robinson in Beijing wurde von der amtlichen chinesischen Nachrichtenagentur Xinhua die Nachricht verbreitet, der Ständige Ausschuss des Nationalen Volkskongresses habe die UN-Konvention über die ökonomischen, sozialen und kulturellen Rechte nunmehr gebilligt. Robinson hatte die chinesische Legislative erneut gedrängt, das bereits 1997 unterzeichnete Dokument ohne Einschränkungen zu ratifizieren.

Die chinesische Seite behielt jedoch eine bereits erwartete wichtige Einschränkung der Konvention bei. Demnach ist es zwar jedem chinesischen Bürger nach der Konvention erlaubt, Gewerkschaften beizutreten oder zu gründen. Dieses Recht kann er jedoch nach wie vor nur im Rahmen der gel-

tenden chinesischen Gesetze ausüben. Das Gewerkschaftsgesetz sieht explizit vor, dass ausschließlich der Allchinesische Gewerkschaftsverband die einzig legale Gewerkschaftsorganisation auf chinesischem Boden darstellt. (Vgl. auch C.a., 2001/01, Ü 6)

Menschenrechtsgruppen in den USA kritisierten denn auch dieses chinesische Vorgehen, begrüßten insgesamt die Ratifizierung jedoch auch als Fortschritt. Festgeschrieben werden damit erstmalig internationale Standards wie die Gleichberechtigung der Geschlechter, sichere und gesundheitlich nicht schädliche Arbeitsbedingungen sowie Chancengleichheit in Hinsicht auf Beförderungen, die nur noch von Seniorität und Kompetenz abhängig gemacht werden sollen.

Von verschiedenen Seiten wurde die Billigung der Konvention durch den Ständigen Ausschuss des NVK mit der Bewerbung Beijings um die Ausrichtung der Olympischen Spiele 2008 gebracht. Auch sei dieser Schritt als Zeichen des guten Willens mit Blick auf das jährliche Menschenrechtsforum der Vereinten Nationen in Genf noch im März und eine dort möglicherweise erneut von Seiten der USA drohende Anprangerung Chinas zu verstehen. (SCMP, 1.3.01) -kg-

5 China warnt Westeuropa vor illegaler Zuwanderung

Das chinesische Außenministerium hat vor einer verstärkten illegalen chinesischen Emigration nach Westeuropa gewarnt und die europäischen Staaten aufgefordert, sich im Kampf gegen die illegale Zuwanderung besser abzustimmen. Bislang erschwerten unterschiedliche Gesetze in den Ländern der Europäischen Union und das uneinheitliche nationale Vorgehen gegen das Phänomen sowohl die Bekämpfung des Menschenenschmuggels wie auch die Repatriierung illegaler Migranten.

Weil China im Kampf gegen den Menschenhandel mit den USA, Japan und Australien bereits umfangreich und erfolgreich kooperiere, sei zu befürchten, dass sich illegale Migranten aus China verstärkt den europäischen Ländern zuwendeten. In den Jahren 1995 und 1996 klagten besonders die USA über die illegale Zuwanderung aus der chinesischen Provinz Fujian.

1997 war Australien eines der bevorzugten Ziele der Menschenschmuggler, gefolgt von Japan und Kanada.

Weil die genannten Länder ihr Einwanderungsregime offensichtlich deutlich verschärft haben, scheint nun Europa zur primären Destination zu avancieren. Neben den durchlässigeren Außengrenzen, den geringen Beschränkungen der Bewegungsfreiheit innerhalb der EU und der liberalen Asylpraxis wirkt auch der mit 10.000-20.000 US\$ gegenüber dem Zielland USA nur halb so hohe Schleusungspreis fördernd.

Besonders beliebt unter jungen Migranten sollen derzeit die Niederlande sein, da der strenge gesetzliche Jugendschutz dort Minderjährige vor der Repatriierung schützt. Auch Italien gilt auf Grund seiner liberalen Gesetzeslage als bevorzugtes Zielland chinesischer Migranten. Von 20.000 illegalen Zuwanderern, die allein in der ostitalienischen Region Apulien im Jahr 2000 aufgegriffen wurden, stammten mehr als 2.600 aus der Volksrepublik China. Chinesen waren damit erstmals nach Albanern die größte ethnische Gruppe.

Dominierte bis vor wenigen Jahren die Schleusung auf dem Schiffsweg, rückt seit einiger Zeit der Flugverkehr stärker ins Blickfeld von Schleusern und damit auch von Strafverfolgern der Zielländer.

Illegale Migranten werden in zunehmender Zahl von Beijing aus auf die Reise geschickt. Dreh- und Angelpunkt des Schleusungsgeschäfts scheint jedoch nach westlicher Einschätzung auch die ehemalige britische Kronkolonie Hongkong zu sein. Zwar wurden in Hongkong im Jahr 2000 erstmals illegale Migranten auf Containerschiffen entdeckt, die für die USA bestimmt waren. US-Behörden sehen jedoch die SVR Hongkong bereits seit längerer Zeit als einen der wichtigsten Transitpunkte in Richtung USA, Kanada, Australien und Westeuropa. Hongkonger Behörden seien nicht Herr der Lage. Seitens der Sicherheitsbehörden in Hongkong hieß es, man sei zuversichtlich, dass die SVR auf Grund der Bemühungen ihrer disziplinierten Einsatzkräfte weder heute ein Stützpunkt für Menschenhändler sei noch in der Zukunft dazu werde. Die USA hingegen mein-

ten, tausende jährlich in Hongkong mit gefälschten Reisedokumenten festgenommene Personen sprächen gegen diese Überzeugung der Hongkonger Behörden.

Europäische Diplomaten, die am 19. und 20. Februar zu einer zweiten Gesprächsrunde mit der chinesischen Regierung über den Kampf gegen die illegale chinesische Emigration in Beijing weilten, bestätigten schon im Vorfeld, China zeige sich zunehmend kooperativ im gemeinsamen Vorgehen gegen den Menschenhandel. Damit hätte sich ein deutlicher Wandel in der Haltung Chinas vollzogen. Noch Mitte der neunziger Jahre hatte die Volksrepublik China in internationalen Gremien die Existenz des Phänomens für China beharrlich bestritten.

Trotz der gewachsenen Kooperationsbereitschaft wird von den chinesischen Botschaften und Konsulaten insbesondere die für eine Ausweisung und Rückführung der Migranten unabdingbare Ausstellung von Personaldokumenten sehr schleppend vollzogen. Migranten unzweifelhaft chinesischer Nationalität, die auf Grund unvollständiger oder falscher Angaben in ihren Heimatorten in China nicht eindeutig identifiziert werden können, wird von chinesischer staatlicher Seite kein Ausweisepapier ausgestellt. Auf Grund der gesetzlichen Höchstdauer für einen Freiheitsentzug im Vorfeld einer Abschiebung gelingt es daher ausdauernden Migranten nicht selten, sich auf diese Weise der Repatriierung zu entziehen. (www.insidechina.com, 14.2.01; HB, 15.2.01; SCMP, 28.2.01; ANSA, 20.2.01, nach FBIS, 21.2.01; ANSA, 22.2.01; nach FBIS, 23.2.01) -kg-

6 Eklat vor dem Besuch des niederländischen Außenministers in Hongkong

Ursprünglich als dritte und letzte Station der ersten Reise eines niederländischen Außenministers nach China geplant, wurde ein Abstecher nach Hongkong unversehens zum Streitpunkt mit Beijing. Nur wenige Tage vor dem geplanten Besuch, der den niederländischen Außenminister Jozi van Aartsen und die Menschenrechtsbotschafterin seines Landes, Renee Jones-Bos, zunächst nach Beijing

und Xi'an führen sollte, wurde die Reise seitens der Niederlande abgesagt. Geplant waren Gespräche mit Premierminister Zhu Rongji und Außenminister Tang Jiaxuan über die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern, aber auch das Thema Menschenrechte habe man behandeln wollen.

Der Grund für die „Verschiebung der Reise auf unbestimmte Zeit“, wie es im diplomatischen Sprachgebrauch im Unterschied zu einer einfachen Absage hieß, sei der Widerstand der chinesischen Regierung gegen ein Treffen von Frau Jones-Bos mit Repräsentanten von Falun Gong in Hongkong gewesen. Man habe nicht hinnehmen können, dass die chinesische Seite Druck ausübt habe um das Besuchsprogramm zu verändern. Ein Festhalten an den Reiseplänen wäre „unklug“ gewesen. Die niederländische Menschenrechtsbotschafterin hatte ursprünglich Gespräche mit Vertretern von elf Nichtregierungsorganisationen (NRO) in Hongkong geplant, zu denen auch Menschenrechtsgruppen und Falun Gong zählten.

Von Seiten der Hongkonger Regierung enthielt man sich mit Hinweis auf die alleinige außenpolitische Zuständigkeit der Zentralregierung in Beijing jeglichen Kommentars zu der „Verschiebung“ des Besuchs. Die Hongkonger Presse hielt sich da weniger zurück. In scharfen Worten wurde die Entscheidung der beiden niederländischen Politiker in einem Kommentar der *South China Morning Post* kritisiert. Dort war zu lesen, Beijing werde nicht tolerieren, dass die SVR Hongkong zu einem Stützpunkt der Subversion werde. Dennoch gäbe es einen ausländischen Staatsmann, der vorgeschlagen habe, ausgerechnet Hongkong zur Bühne der internationalen Legitimierung von Falun Gong zu machen. Es sei besser, er habe seinen Besuch selbst abgesagt, als Tung Cheehwa in die Verlegenheit zu bringen, ihn seinerseits um Absage zu bitten. Bei den beiden betroffenen Politikern handle es sich um Personen, die zunächst eine bedeutende Zeit lang im Ausland gelebt haben sollten, bevor sie mit Autorität über andere Dinge als Butterberge und europäische Milchquoten sprechen könnten.

In einer Stellungnahme zu seinem Schritt sagte van Aartsen, man befände sich bereits in Kontakt mit offiziellen chinesischen Stellen, um über einen neuen Termin für den verschobenen Besuch zu verhandeln. Außerdem wolle er wie geplant im Mai als Teilnehmer einer EU-Delegation nach Beijing reisen. (SCMP, 7.2., 8.2.01) -kg-

7 Territorialkonflikte an der südlichen Peripherie – Vietnam

Nachdem auf dem ASEAN-Treffen im letzten November die Verabschiedung eines „Code of Conduct“ für das Südchinesische Meer nicht zuletzt an Einwänden Chinas scheiterte, wird nun wieder über verschiedene Zwischenfälle in der zwischen China, Vietnam, den Philippinen, Malaysia, Brunei und Taiwan umstrittenen Inselgruppe der Spratlys (chin.: Nansha) und anderen Regionen des Südchinesischen Meers berichtet.

Während der chinesische Verteidigungsminister auf seinem Vietnambesuch am 10. Februar noch Gespräche mit dem Vorsitzenden der vietnamesischen Kommunistischen Partei, Le Kha Phieu, führte, trafen sich Regierungsbeamte, Militärkommandeure und Vertreter der Grenzschutzeinheiten Vietnams, um über eine Verstärkung der Verteidigungsmaßnahmen auf den von Vietnam kontrollierten Inseln der Spratlys zu entscheiden. Nachdem eine neue Kommunikationsverbindung zur Hauptinsel bereits in Betrieb genommen worden sei, wurde nun beschlossen, eine eigene Lokalregierung für die vietnamesisch kontrollierten Inseln des Archipels zu schaffen, um sie auch administratorisch stärker an das Festland anzubinden. Allerdings sind alle Inseln des umstrittenen Seegebiets ohne permanente Wohnbevölkerung.

Nach den Informationen einer vietnamesischen Zeitung wurde diese Entscheidung mit der Zahl von beinahe 300 Verletzungen des vietnamesischen Territoriums in der Inselgruppe im Jahr 2000 begründet. In den vergangenen Jahren habe es nach vietnamesischen Angaben eine schleichende Ausweitung insbesondere der chinesischen Aktivitäten in der Inselgruppe gegeben – zuletzt im Januar in ei-

ner von den Philippinen kontrollierten Seeregion. Über chinesische Übergriffe in vietnamesisch kontrolliertem Gebiet habe Vietnam bislang stillschweigend hinweggesehen.

Zur Verteidigung der Souveränität über die Inseln seien eine engere Anbindung und die Schaffung von Strukturen für eine schnellere Reaktion notwendig. Es hätte sich bei den Verletzungen des Territoriums zwar nicht um militärische Zusammenstöße gehandelt, aber auch illegales Fischen sowie die Ausbeutung von Öl und anderer natürlicher Ressourcen auf dem Kontinentalschelf seien ernst zu nehmende Eingriffe.

Die chinesische Regierung reagierte mit einer Erklärung, dass China die uneingeschränkte Souveränität über die gesamte Inselgruppe und die angrenzenden Gewässer im Südchinesischen Meer besitze und die Errichtung von administrativen Strukturen durch Drittstaaten nicht dulden könne. Vietnam wurde vom Sprecher des chinesischen Außenministeriums, Zhu Bangzao, zur Aufklärung in dieser Sache aufgefordert. (XNA, 14.2.01; AFP, 25.11.00, nach FBIS, 25.11.00; AFP, 10.2.01, nach FBIS, 10.2.01; AFP, 13.2.01, nach FBIS, 13.2.01) -kg-

8 Territorialkonflikte an der südlichen Peripherie – Philippinen

Ist Chinas „Vormarsch“ im Gebiet der Spratlys Vorwand oder Grund für die vietnamesischen Handlungen, so trifft dies im Falle des so genannten Scarborough Shoal ebenso für die Philippinen zu. Nach Angaben des philippinischen Militärs war in den letzten Monaten eine deutlich verstärkte Präsenz chinesischer Fischer in diesem gut 300 km nordwestlich von Manila gelegenen Archipel festgestellt worden.

Anfang Februar waren die Patrouillen der philippinischen Flotte und der Luftwaffe in dem Gebiet ausgeweitet worden, weil nach philippinischer Ansicht mindestens vier chinesische Fischereischiffe in von den Philippinen beanspruchtes Gebiet eingedrungen waren. Die Schiffe wurden von der philippinischen Flotte unter Einsatz von Gewalt geentert. Der Fang wurde konfisziert, und die Schiffe wurden

gezwungen, das umstrittene Seegebiet zu verlassen.

Den Hintergrund für diese heftige Reaktion der Philippinen dürfte darin bestehen, dass man dort fürchtet, die verstärkte Präsenz chinesischer Fischer könnte ein Auftakt für einen weiteren Fall schleichender Landnahme durch die Volksrepublik China sein. Vor einigen Jahren hatte China auf dem Mischief Reef im nördlichen Teil der Spratlys Gebäude errichtet, die von den Philippinen als permanente militärische Strukturen interpretiert werden. China hingegen hat dieser Interpretation immer widersprochen und betont, es handle sich keinesfalls um militärisch genutzte Gebäude. Der erst kürzlich ernannte nationale Sicherheitsberater Roilo Golez kommentierte beide Vorfälle mit den Worten, „mit dem Bau der Strukturen hätte [China] einen Dolch ins Herz der philippinischen Sicherheit gestoßen, was man nicht mehr tolerieren werde“.

Von chinesischer Seite hieß es Anfang Februar in einer Stellungnahme des Sprechers des Außenministeriums Sun Yuxi, China sei bei der philippinischen Regierung vorstellig geworden und habe gegen den Übergriff auf chinesische Fischer protestiert. Die Insel Huangyan sei immer Teil des chinesischen Staates gewesen. Die Botschaft der VR China auf den Philippinen wendete sich ihrerseits gegen die Verletzung des chinesischen Territoriums rund um das Scarborough Shoal durch philippinische Schiffe und Flugzeuge.

Die chinesische Botschafterin auf den Philippinen, Fu Ying, konnte einen öffentlichkeitswirksamen diplomatischen Erfolg gegen das „Säbelrasseln“ des philippinischen Sicherheitsberaters Golez verbuchen, als sie vor Journalisten in den Philippinen auf eine Landkarte verwies, die in den Philippinen gedruckt, im National Bookstore vertrieben und in den Schulen des Landes benutzt wird. Auf dieser Karte sind die Scarborough Shoals als nicht zu den Philippinen gehörig ausgewiesen. Unter Experten gelten die philippinischen Ansprüche zumindest auf Teile des beanspruchten Territoriums im Südchinesischen Meer als juristisch nicht hinreichend belegt. (XNA, 7.2.01; Phil-

ippine Daily Inquirer, 24.2.01, nach FBIS, 24.2.01; Quezon City GMA 7 TV, 21.2.01, nach FBIS, 21.2.01; The Manila Times online, 27.2.01, nach FBIS, 27.2.01) -kg-

9 Territorialkonflikte an der südlichen Peripherie – Indien

Die indische Armee beklagte Mitte Februar „aggressive Patrouillentätigkeit“ chinesischer Truppen entlang der *Line of Actual Control* (LAC) in dem zwischen beiden Ländern umstrittenen Grenzgebiet Aksai Chin zwischen Ladakh im Süden und Xinjiang und Tibet im Norden. Nach Angaben aus indischen Militärkreisen ist man in Indien insbesondere besorgt über den Bau von Allwetterstraßen durch die chinesische Armee im Aksai Chin zwischen Pakistan im Westen und Nepal im Osten.



© K. Giese 2001, Institut für Asienkunde.

Indien wirft China vor, seit 1999 wiederholt in das Niemandland und in indisches Territorium vorgedrungen zu sein. Chinesische Verbände seien inzwischen mindestens 20 km weit in die 1962 in der Folge des sino-indischen Grenzkrieges in der Region Aksai Chin festgelegte demilitarisierte Zone vorgerückt. Damals waren beide Seiten übereingekommen, ihre Truppen jeweils um 20 km von der Frontlinie zurückzuziehen. Dies geschah allerdings erst, nachdem es der VR China gelungen war, durch den von Indien lange unbemerkt gebliebenen Bau einer Straße Truppen heranzuschaffen und ein Gebiet von der Größe der Schweiz zu annektieren. Durch ihr neuerliches

Vorrücken in die entmilitarisierte Zone hätten chinesische Truppen heute entlang dieses umstrittenen Westabschnitts der Grenze allerdings wieder die Stellungen des Jahres 1960 erreicht.

Die indische Armee ist nun besorgt über die strategischen Vorteile, die China durch den Bau der Allwetterstraße auf chinesisch kontrolliertem Gebiet erlangt habe. Auch entlang des östlichen umstrittenen Grenzabschnitts nördlich des Bundesstaats Arunachal Pradesh verfüge die chinesische Armee inzwischen über eine funktionierende Infrastruktur einschließlich eines Kommunikationsnetzes in unmittelbarer Nähe zur LAC. Auf der indischen Seite existiere hingegen kaum eine Straßenverbindung, die sich der LAC mehr als 40 km nähert. Truppen müssten im Konfliktfall durch unwegsames Berggebiet anmarschieren oder unter schwierigen Bedingungen mit Helikoptern in das unmittelbare Grenzgebiet gebracht werden. (The Pioneer, 12.2.01, nach FBIS, 12.2.01; The Hindu, 14.2.01, nach FBIS, 14.2.01) -kg-

10 IOC-Delegation evaluiert Beijing

Vom 21. Februar an besuchte das siebzehnköpfige Evaluationskomitee des IOC Beijing, um eine technische Beurteilung der Stadt hinsichtlich der Durchführung der Olympischen Sommerspiele 2008 vorzunehmen. Beijing war die erste Station auf der Evaluierungsreise, die die Delegation anschließend auch in die weiteren potenziellen Austragungsorte Osaka, Istanbul, Paris und Toronto führte.

Von Seiten des Komitees wurde mehrfach betont, politische Fragen wie die Menschenrechtssituation in China würden in der Evaluierung durch die Besuchsdelegation ebenso wenig berücksichtigt wie Vorwürfe systematischen Dopings im chinesischen Sport. Es handle sich ausschließlich darum, die realen Möglichkeiten und Kapazitäten der chinesischen Hauptstadt anhand der 500 Seiten starken Bewerbungsunterlagen Beijings zu überprüfen. Diese Evaluierung diene der Vorbereitung der am 13. Juli von 131 IOC-Delegierten in Moskau zu treffenden Entscheidung über die Vergabe der Spiele. Inwiefern diese De-

legierten politischen Fragestellungen Gewicht beimessen werden sei deren Sache und nicht die des technischen Evaluierungskomitees.

Die Delegation hatte einen dicht gedrängten Besuchsplan zu absolvieren. Neben den Sportstädten, dem geplanten Standort des Olympischen Dorfes in einem als eher ländlich zu bezeichnenden Vorortbezirk 15 km nördlich des Stadtzentrums, einer Verkehrsleitzentrale, Krankenhäusern, Schulen und Telekommunikationsanlagen, stand u.a. auch der Besuch einer Abwasserkläranlage sowie einer Luftgütemessstation auf dem Besichtigungsprogramm.

Von politischen Erwägungen einmal abgesehen werden besonders Umweltgesichtspunkte gegen eine Vergabe der Spiele an Beijing ins Feld geführt. Smog und Luftverschmutzung sind in der chinesischen Hauptstadt neben bereits seit langer Zeit chronischem Wassermangel und einem drohenden Verkehrsinfarkt die größten Probleme. Fortschritte auf diesem Gebiet sind jedoch auf Grund erheblicher Investitionen, die sich allein im Fünfjahresplan der Stadtregierung 1998 bis 2002 auf 5,6 Mrd. US\$ belaufen, bereits erkennbar. Zwischen 2003 und 2007 sollen den Plänen nach weitere 6,5 Mrd. US\$ an Haushaltsmitteln für die Verbesserung der Umweltsituation in der Hauptstadt bereitgestellt werden. Teilnehmer der IOC-Delegation gratulierten denn auch der Beijinger Stadtregierung zu diesen Umweltinvestitionen, die unabhängig von einer Vergabe der Spiele immerhin allen Bürgern der Hauptstadt zugute kommen und die Lebensqualität erhöhen würden.

Infrastruktur- und Umweltinvestitionen flossen auch nicht in die von Beijing vorgelegte Finanzplanung für die Olympischen Spiele ein. Abgesehen von diesen Kosten soll die Ausrichtung der Spiele 1,609 Mrd. US\$ kosten. Dem stehen veranschlagte Einnahmen in Höhe von 1,625 Mrd. US\$ gegenüber. Nach Auskunft des Beijinger Bewerbungskomitees habe man sich in der Planung von dem Prinzip leiten lassen, dass die Olympischen Spiele keine negativen finanziellen Folgewirkungen für den städtischen Haushalt und die Bürger der Stadt haben dürf-

ten sowie finanzielle Risiken für das IOC auszuschließen seien.

Auch in anderer Hinsicht wollte man in Beijing während des Besuchs der Delegation nichts dem Zufall überlassen. So patrouillierten nach Auskunft von Menschenrechtsorganisationen rund um die Besuchsstationen der IOC-Delegierten und insbesondere im Bereich des Tiananmen-Platzes Zivilpolizisten, die die Aufgabe hatten, jeden Versuch einer öffentlichen Protestbekundung insbesondere von Seiten der Falun-Gong-Sekte im Keim zu ersticken. Polizei war auch vor den Wohnungen bekannter Dissidenten der Hauptstadt wie He Depu, Yang Jing, Wang Zhixing und Ma Qiang postiert, um etwaige politische Aktionen dieser Personen zu verhindern.

Der Bürgermeister von Beijing, Liu Qi, bemühte sich, die Ereignisse des Jahres 1989 vergessen zu machen und präsentierte die chinesische Hauptstadt als weltoffene, moderne, prosperierende und demokratische Stadt. Er selbst zog die Parallele mit dem Jahr 1993, als Beijing auf Grund der noch in recht frischer Erinnerung befindlichen Niederschlagung der studentischen Demokratiebewegung von 1989 das Rennen um die Ausrichtung der Millenniumsspiele im Jahr 2000 verloren hatte. Nach Lius Worten hätten Ausländer vor sieben Jahren Beijing eher gemieden. Heute hingegen sei die Stadt eine internationale Metropole mit 6.000 ausländischen Fachkräften und 100.000 Studenten aus dem Ausland. Hinzu kämen einige Millionen Touristen jährlich.

Die IOC-Delegation zeigte sich insgesamt positiv beeindruckt von den Vorbereitungen Beijings. Allerdings wurden auch einige Änderungsvorschläge unterbreitet. So sollten beispielsweise die Austragungsorte für das Beachvolleyballturnier, Mountain Biking und Triathlon aus technischen Gründen verlegt werden. Das Beijinger Vorbereitungskomitee war beispielsweise für das Beachvolleyballturnier ursprünglich den Vorschlägen der International Volleyball Federation gefolgt und hatte den Tiananmen-Platz als Austragungsort vorgesehen. Nach dem Studium der Pläne für die Verkehrsleitung legten die Inspektoren des IOC dem potenziellen Ausrichter der Spiele jedoch eine Verlegung an einen anderen Ort na-

he. Mit politischen Erwägungen im Zusammenhang mit diesem symbolträchtigen Ort habe jedoch auch dieser Änderungsvorschlag nichts zu tun gehabt, hieß es seitens der Delegation. (SCMP, 31.1., 17.2., 19.2., 20.2., 21.2., 22.2.01; XNA, 23.2.01, nach FBIS, 23.2.01; XNA, 24.2.01, nach FBIS, 24.2.01; XNA, 25.2.01, nach FBIS, 25.2.01; FT, 19.2., 20.2., 21.2.01) -kg-

11 „Team Canada“ in China – die politische Dimension

Auf seinem vierten Besuch im Amt des kanadischen Premierministers führte Jean Chretien Mitte Februar eine mehr als fünfhundertköpfige kanadische Delegation in die VR China. Die Teilnehmer dieser in Anlehnung an die kanadische Eishockey-Nationalmannschaft als „Team Canada“ bezeichneten Delegation rekrutierten sich primär aus Wirtschaftskreisen. Zweck dieser Reise war somit auch in erster Linie die Wirtschaftsförderung.

Während der chinesische Premier Zhu Rongji im Vorfeld seiner Gespräche mit Chretien das „Team Canada“ als eine innovative und zukunftsweisende Form der Diplomatie würdigte, ist diese Form in Kanada selbst eher umstritten. Kritikern zufolge hätte die erste Reise dieser Art 1994 kaum zu wirtschaftlichen Ergebnissen geführt. Abschlüsse kanadischer Firmen seien damals weit hinter den vollmundigen Absichtserklärungen zurückgeblieben. (Vgl. dazu auch die Übersicht unter der Rubrik Außenwirtschaft in diesem Heft.)

Obwohl auch diesmal die wirtschaftlichen Themen im Mittelpunkt standen, war Chretien im Anschluss an seine Gespräche mit Zhu Rongji, Li Peng und Jiang Zemin sichtlich bemüht, auch das politische Gewicht hervorzuheben. Seinen Worten zufolge habe in der Unterredung mit Zhu auch das Thema Menschenrechte für einige Minuten den Kern des neunzigminütigen Gesprächs gebildet. Dabei sei es um Tibet ebenso gegangen wie um allgemeine zivile und politische Rechte oder Falun Gong. Zhu Rongji wiederholte dabei den chinesischen Standpunkt, dass es sich bei Falun Gong nicht um ein religiöses, sondern vielmehr um ein soziales Problem handle.

Im Beisein von Chretien und Zhu wurden zwei Memoranden über bilaterale Kooperation auf dem Energiesektor und auf dem Gebiet des wissenschaftlichen Austausches sowie eine Absichtserklärung für die Zusammenarbeit zwischen China und Kanada in den Feldern Umwelt und Rechtsreform unterzeichnet. Insgesamt zeigten sich beide Seiten zufrieden sowohl mit dem aktuellen Besuch als auch mit der allgemeinen reibungslosen Entwicklung der bilateralen Beziehungen. Chretien würdigte die Tatsache, dass die Kontakte zwischen Kanada und China weit über wirtschaftliche Beziehungen hinausgingen. China ist derzeit viertgrößter Handelspartner Kanadas und auf gutem Wege an die dritte Stelle aufzurücken. (SCMP, 12.2., 14.2.01; XNA, 12.2., 14.2.01) -kg-

Innenpolitik

12 Auflösung von neun staatlichen Wirtschaftsbehörden, Kompetenzübertragung an Staatliche Kommission für Wirtschaft und Handel

Im Februar wurde offiziell bekannt gegeben, dass neun staatliche Wirtschaftsbehörden aufgelöst und ihre Verwaltungszuständigkeiten an die Staatliche Kommission für Wirtschaft und Handel (engl.: State Economic and Trade Commission, SETC), übertragen worden sind.

Bei den aufgelösten Organen handelte es sich um die Staatlichen Wirtschaftsbehörden für den Binnenhandel, für die Kohle-, Maschinenbau-, Metallurgische, Buntmetall-, Leicht-, Textil-, Petrochemische- und die Bauindustrie. Als Einzige beibehalten wurde die Staatliche Behörde für den Monopohandel von Tabak. Auch auf Provinzebene sollen die entsprechenden administrativen Kompetenzen der verschiedenen Wirtschaftssektoren den jeweiligen Kommissionen für Wirtschaft und Handel übertragen werden.

Die nun vollzogene Auflösung der Staatlichen Wirtschaftsbehörden bildet nach eigenen Angaben den Abschluss von umfassenden Maßnahmen

zur Reorganisation der Zentralregierung, die im Frühjahr 1998 eingeleitet worden waren. Damals waren die bis dahin mit umfangreichen Zuständigkeiten ausgestatteten Branchenministerien zu staatlichen Behörden unter Kommissionsleitung (*weiguan guojiaju*) zurückgestuft und der SETC unterstellt worden. Letzere war zugleich zu einem „Super-Ministerium“ aufgewertet worden, das wesentliche Koordinierungs- und Lenkungsfunktionen innerhalb der Ministerialbürokratie übernehmen sollte. Verlautbartes Ziel der Reorganisationsmaßnahmen war, die Effizienz der Verwaltung bei gleichzeitigem Personalabbau zu erhöhen. Angeblich war bereits 1998 eine dreijährige Übergangsperiode vorgesehen worden, nach deren Ablauf die zurückgestuften Wirtschaftsbehörden vollständig aufgelöst werden sollten.

Die spezifische Aufwertung der SETC lässt sich aber auch daraus erklären, dass im Zuge der Verhandlungen zum WTO-Beitritt Chinas ein dringender Bedarf der Koordinierung sektoraler Einzelinteressen entstand, die durch die Branchenministerien hartnäckig verteidigt wurden (vgl. Wang Yong, „Why China Went for WTO“, in: *The China Business Review*, July-August 1999, S.42-45). Vor dem Hintergrund der anhaltend starken protektionistischen Interessen der einzelnen Wirtschaftssektoren sind die jüngsten Reorganisationsmaßnahmen durchaus zu begrüßen, da zu erwarten steht, dass sich die Effizienz der innerbürokratischen Abstimmung dadurch verbessern dürfte.

Die Kompetenzverlagerung von den neun Behörden in die SETC soll seit September 2000 schrittweise vollzogen worden sein. Sie zog dort wiederum eine Reorganisation der kommissionsinternen Strukturen nach sich. So sollen drei Abteilungen geschlossen und fünf neue gebildet worden sein. Die Gesamtzahl der Abteilungen stieg damit von bislang 20 auf nunmehr 22; die Zahl der Mitarbeiter nahm um 300 aus den ehemaligen neun Behörden rekrutierten Staatsbediensteten zu und beläuft sich damit nun auf rund 750. Ein großer Teil der freigesetzten Arbeitskräfte soll in den (vorzeitigen) Ruhestand treten; ein anderer Teil soll sein Auskommen in Unternehmen oder parastaatlichen Organisationen finden.

Die jüngsten Reorganisationsmaßnahmen haben Folgen auch für die Branchenvereinigungen (*hangye xiehui*), deren Zahl landesweit rund 300 beträgt. Diese standen bislang unter der Aufsicht der für die jeweilige Branche zuständigen Staatlichen Wirtschaftsbehörde. Mit deren Auflösung sollen die Branchenvereinigungen (*hangye xiehui*) nun der Aufsicht der SETC unterstellt werden. Konkret wird dies bedeuten, dass zehn übergreifende Branchenverbände gebildet werden, die unter direkter Kontrolle der SETC stehen; diese sollen dann wiederum die Aufsicht über die verbleibenden mehr als 200 Branchenorganisationen führen.

Wie das Beispiel des Chinesischen Gesamtverbandes für die Leichtindustrie (*Zhongguo qingongye lianhehui*) deutlich macht, dessen Bildung bereits offiziell bekannt gegeben wurde, dürften diese neu zu gründenden zehn Verbände auch den Zweck erfüllen, Auffangbecken bzw. „Verschiebebahnhöfe“ für das aus den aufgelösten Wirtschaftsbehörden freigesetzte Personal zu bilden. So wurde etwa der frühere Direktor der Staatlichen Wirtschaftsbehörde für Leichtindustrie, Chen Shineng, zum neuen Vorsitzenden des Gesamtverbandes für die Leichtindustrie ernannt.

Diese Reorganisation im Bereich intermediärer Organisationen könnte sich negativ auf die Rolle der Branchenverbände als Organe der wirtschaftlichen Interessenvertretung auswirken. Hatten einzelne Verbände seit Beginn der neunziger Jahre durchaus eine stärkere Repräsentationsfunktion für ihre Mitglieder übernommen, so droht die nun vorgenommene Unterstellung der Branchenverbände unter die hierarchische Kontrolle der SETC die entstandenen Freiräume der Interessenvertretung wieder zu beschneiden. (RMRB, 20., 27.2., 1.3.01; XNA, 20.2.01) -hol-

13 Staatliche Führung nutzt Selbstverbrennungen zur Mobilisierung der Bevölkerung gegen Falungong

Seit Ende Januar betreibt die staatliche Führung eine politische Kampagne zur Mobilisierung breiter Bevölkerungsgruppen gegen die Falungong-Bewegung von bislang nicht erreichter In-